

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wertschätzlicher Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Christi-Dumden)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 15 Pf., Familienanz. 10 Pf.  
Werbungsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 41.

Berlin, Mittwoch, 27. Mai 1908.

Vierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Terrorismus. — Aus den Berichten der bayerischen  
Gewerbeaufsichtsbeamten. — Arbeiterleben in Frankreich. —  
Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeile. — Verbands-  
Zeile. — Anzeigen-Zeile.

### Terrorismus.

Die Feindschaft gegen das preussische Wahlrecht wird neben der Klasseneinteilung in der Hauptsache durch die öffentliche Abstimmung hervorgerufen. Durch die öffentliche Wahl werden viele abhängige Staatsbürger verhindert, ihrer Ueberzeugung nach zu stimmen, weil sie wirtschaftliche Nachteile befürchten. Sie verzichten daher entweder auf die Beteiligung an der Wahl, oder aber, was noch schlimmer ist, sie stimmen gegen ihre Ueberzeugung. Man kann das verurteilen, schärfte aber damit die Lasten selbst nicht aus der Welt.

Namentlich an kleineren Orten hat man die Deffentlichkeit der Wahl vielfach mißbraucht. Arbeitgeber haben die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter benützt, um in ihrem Sinne günstige Wahlen zu erzielen. Am schlimmsten aber lagen bisher die Verhältnisse auf dem Lande. Namentlich zahlreiche Großgrundbesitzer haben nicht allein die eigenen Arbeiter, sondern auch die kleinen Geschäftsleute, die von ihnen abhängig sind, gezwungen, solche Wahlen zu wählen, die den „Herren“ genehm waren. Man hat die Hungerpetische gezwungen, um die „Leute“ gefügig zu machen. Mit Recht ist diese Art der Wahlbeeinflussung von allen billig Denkenden aufs schärfste verurteilt worden. Liberale und Sozialdemokraten namentlich haben es niemals daran fehlen lassen, das Verhalten solcher Arbeitgeber öffentlich zu brandmarken.

Was aber erleben wir jetzt? Gerade die Sozialdemokratie, die den besonders von den Großgrundbesitzern geübten Terrorismus in den stärksten Ausdrücken gemißbilligt hat, sie wendet jetzt im preussischen Landtagswahlkampf das selbe verwerfliche Manöver an. Nicht nur in politischen, sondern auch in gewerkschaftlichen Versammlungen hat man sich verpflichtet, bei den Geschäftsleuten, bei denen man seinen Bedarf deckt, dahin zu wirken, daß sie nur einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben; im anderen Falle werde ihnen die Arbeiterfundschaft entzogen werden. Nicht nur Agitatoren zweiten und dritten Ranges berühren diese Taktik, sondern sogar Leute, die selbst als Kandidaten für den preussischen Landtag aufgestellt worden sind. Ja sogar die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, tritt für den wirtschaftlichen Boykott ein. Da heißt es in einem Artikel, daß keine Bedenken bestehen, „bei der Deffentlichkeit der Stimmabgabe, solange unsere wirtschaftliche Macht auf die von uns abhängigen Wähler in der konsequentesten Weise auszuüben, als die öffentliche Wahl von der Regierung und den maßgebenden Parteien lediglich zum Zwecke der Einschüchterung der von ihnen abhängigen Wähler aufrecht erhalten wird. . . . Durch den Boykott aber zwingen wir unsere Gegner in die Verteilungsgestaltung, wodurch ihre Angriffskraft geschwächt, die unferge aber gekräftigt wird“. Also, was man bei den Junkern und Unternehmern aufs allerhöchste verurteilt hat, das tut man jetzt selbst.

Der „Vorwärts“, der die gegen die Sozialdemokratie deswegen erhobenen Angriffe vergeblich zurückzuweisen sucht, meint, daß es den Sozialdemokraten gar nicht einfallen könne, Geschäftsleute zu zwingen, gegen ihre Ueberzeugung sozialdemokratisch zu wählen. Man kann es aber der Arbeiterschaft doch wirklich nicht verdenken, wenn sie lieber einen Geschäftsmann unterstützt, der zu ihr steht, als daß sie das Geld einem ausgesprochenen Gegner der Arbeiterschaft hinträgt. Eine nette Anschauung! Wer sie teilt, der muß auch dem Unternehmer das Recht zugestehen, daß er sein Geld Arbeiter verdienen läßt, die nicht Sozialdemokraten sind. Wenn jemand ein Unrecht tut, so soll man das rügen und es zu vereiteln suchen; man darf aber nicht selbst ebenfalls das Unrecht begehen. Der Terrorismus, der in diesem Wahlkampf von der Sozialdemokratie geübt wird, verdient viel schärfere Beurteilung als der von den Unternehmern und Junkern geübte, da gerade die Sozialdemokratie es gewesen ist, die am weitesten dagegen den Mund aufgerissen hat. Sondernfalls beweisen auch diese Vorgänge, wie dringend notwendig gerade die Einführung des geheimen Wahlrechts ist.

Wir sagten vorhin, daß der Boykott nicht nur in politischen, sondern auch in gewerkschaftlichen Versammlungen empfohlen und seine Durchführung beschlossen worden ist. Kein Wunder! Sind doch Partei und Gewerkschaften eins. Im übrigen aber ist es ja bekannt, daß derselbe Terrorismus, wie er gegen politische Andersdenkende von der Sozialdemokratie hier geübt wird, auch im wirtschaftlichen Kampfe von den „freien“ Gewerkschaften gegen andersorganisierte Arbeiter beibehalten wird. Denken wir nur an die Tarifabschlüsse, die in den letzten Monaten vereinbart worden sind. Im Malergewerbe wollten die „Freien“ nicht zulassen, daß die Gewerkevereine in die Tarifgemeinschaft aufgenommen werden. Im Baugewerbe haben sich ähnliche Dinge abgespielt. Zu den für das Feingold- und Silberschlägergewerbe in Nürnberg abgeschlossenen Tarifverträgen wird bestimmt, daß die Arbeitgeber in diesem Gewerbe nur Arbeiter und Arbeiterinnen einstellen dürfen, die dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande angehören. Und wie sieht es denn in den einzelnen Betrieben aus! Da, wo die Verbändler in der Mehrheit sind, und glauben den nötigen Druck auf die Unternehmer ausüben zu können, da wird nicht eher gerührt, als bis alle Andersorganisierten von der betreffenden Arbeitsstätte entfernt sind.

Ein Terrorismus wird hier angewandt, gegen den die ärgste Unternehmerbrutalität ein Kinder spiel ist. Noch vor kurzem mußten einige unserer Kollegen vom neugegründeten Ortsverein der Lötter in Berlin den Bau verlassen, weil die Herren Zentralverbändler sich weigerten, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Von Bau zu Bau werden die Unglücklichen gehetzt. Ob sie mit ihren Frauen und Kindern hungern müssen, das ist den „zielbewußten Genossen“ ganz gleichgültig. Wer nicht auf das Programm des allein seligmachenden „freien“ Verbandes schwört, gleichviel, ob er auch daran glaubt, der darf nicht arbeiten, der darf nicht essen. Und da wundern sich diese Elemente noch, wenn solche von Betrieb zu Betrieb gehetzten Arbeitskollegen in ihrer Verzweiflung Arbeit nehmen, wo ihnen solche geboten wird, wenn sie selbst eine

Sperre durchbrechen oder Streikarbeit machen. Hunger tut weh, und wenn man lediglich seiner Besinnung wegen hindert, sich anständige Arbeit zu verschaffen, dem darf man keinen Vorwurf machen, wenn er sich Gelegenheit zum Brot verdienen nimmt, wo er sie findet. Diejenigen, die ihre Arbeitsgenossen zu einer Handlungsweise zwingen, die unter normalen Verhältnissen als verwerflich angesehen werden muß, die haben am allerwenigsten Ursache, nachher Steine auf die Schuldigen zu werfen. Die Verantwortung trifft sie selbst, und wenn wir heute beobachten müssen, daß die gelben Organisationen überall wie Pilze aus der Erde schießen und einen Umfang annehmen, den man nicht geahnt hat, so sind in erster Linie diejenigen daran schuld, die den oben gekennzeichneten Terrorismus üben. Sie verflüchtigen sich an der Arbeiterschaft und haben kein Recht, sich über das Umschlagen der gelben Gewerkschaften zu beklagen und zu entrüsten.

Terrorismus im politischen wie im gewerkschaftlichen Kampfe verdient allerhöchste Verurteilung. Ebenso wie in den Kriegen der Völker vergiftete Geschosse nicht angewandt werden dürfen, so sollten auch die Arbeiter in ihrem Kampfe um die bürgerliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung die Waffe des Terrorismus entschieden verwerfen. Leider wird noch eine geraume Zeit darüber vergehen, bis diese Anschauung sich allgemein Geltung verschafft hat. Parteihaß und blinder Fanatismus haben heute noch die Oberhand. Viel Aufklärung ist noch nötig, um sie zu verdrängen. Inzwischen wir bauen auf den gesunden Sinn der deutschen Arbeiter, die oft genug das Empörende des von oben geübten Terrorismus an sich selbst haben empfinden müssen. Sie werden mit der Zeit erkennen, daß es unwürdig ist, einen Mitmenschen deswegen zu schädigen, weil er zufällig anderer Gesinnung ist. Wer für sich Gedankenfreiheit in Anspruch nimmt, der soll sie auch anderen nicht rauben.

### Aus den Berichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die schlechte Geschäftslage macht sich im Berichte der bayerischen Gewerbeinspektoren nur wenig geltend. Sowohl die Zahl der Betriebe als auch der Arbeiter weisen ein deutliches Wachstum auf; außerdem wird hier und da ausdrücklich darauf hingewiesen, daß an Arbeitskräften Mangel herrsche. Die Zahl der der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe betrug im Jahre 1907 105 444 (102 166) — die eingeklammerten Ziffern geben die Zahlen des Vorjahres an —, die Zahl der Arbeiter belief sich auf 676 353 (647 701). Von den Arbeitern waren 532 412 (510 696) männliche und 143 941 (137 005) weibliche. Von den Betrieben waren 8101 (7820) mit 408 904 (388 869) Arbeitern Fabrikbetriebe und 97 343 (94 346) mit 267 449 (258 832) Arbeitern Handwerksbetriebe. Die gegen das vergangene Jahr beobachtete Vermehrung der Betriebe fällt hauptsächlich auf die Fabriken. Obgleich die Zahl der Aufsichtsbeamten gleichgeblieben ist und die der Betriebe eine Vermehrung erfahren hat, konnte doch die Revisionsstätigkeit gesteigert werden. Die Zahl der revidierten Betriebe betrug 18 299 (16 318) mit 366 266 (345 298) Arbeitern. 184 mal fand die Revision bei Nacht, 391 mal an Sonn- und Feiertagen statt. In ganzen wurden etwas über 54 pCt. aller Arbeiter von den Revisionen betroffen.

Was die Beziehungen der Beamten zu Arbeitgebern und Arbeitnehmern betrifft, so

werden dieselben als „im ganzen befriedigend“ bezeichnet. Sowohl die Unternehmer als auch die Organisationen und Sekretariate der Arbeiter wenden sich in steigendem Maße mündlich und schriftlich an die Beamten. Das gilt auch für die Assistentinnen, die sich des wachsenden Vertrauens der Arbeiterinnen erfreuen; doch wird vielfach auf die Schwierigkeiten verwiesen, denen die weiblichen Aufsichtsbearbeiter bei den Revisionen von Geschäftsbüchern, namentlich aber in der Hausindustrie und bei der Ueberwachung des Kinderzuschussgesetzes begegneten.

Mit der Steigerung der Zahl der jugendlichen Arbeiter um 6 pCt. haben auch die Zuwiderhandlungen gegen die Schutzgesetze zugenommen. Auch die Zahl der Betriebe, in denen solche Uebertretungen vorgekommen sind, und die Zahl der deshalb befristeten Personen ist erheblich gestiegen. Es wird ferner festgestellt, daß der Vollzug des Kinderzuschussgesetzes noch sehr lückenhaft ist. Die Bestimmungen seien noch nicht genügend bekannt, außerdem aber könne man mancherlei Versuche zu Umgehungen beobachten.

Sonntagsarbeit wurde für 230 Betriebe an 531 Sonn- oder Festtagen gestattet und betraf 9840 Arbeiter; die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war 123831. Die Ueberarbeitsbewilligung an Wochentagen für erwachsene Arbeiterinnen betraf 163 Betriebe für 3109 Betriebstage. Dabei hatten 14837 Arbeiterinnen 268953 1/2 Ueberstunden zu leisten. Gegen das Vorjahr bedeutet diese Zahl eine ganz beträchtliche Verminderung, so daß angenommen werden kann, daß die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages in der bayerischen Textilindustrie keinen erheblichen Schwierigkeiten mehr begegnet.

Auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen sind Fortschritte in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Namentlich ist auch ein Rückgang der Sonntagsarbeit, für die allerdings meist erhebliche Lohnzuschläge festgesetzt sind, dank der Ausbreitung des Lärmgedankens zu verzeichnen. Wenig Fortschritte hat im Berichtsjahre die Bildung von Arbeiterauschüssen gemacht; auch die bestehenden traten wenig in Aktion.

Bei Lohnbewegungen und Arbeiterausständen ist ein Rückgang zu verzeichnen: 256 (334) Streiks sind gemeldet worden, die sich auf 1423 (1186) Betriebe, 4955 (6369) Tage und 22083 (29628) Arbeiter erstreckten, sowie 19 (34) Ausperrungen in 155 (187) Betrieben an 359 (837) Tagen mit 3146 (5150) Arbeitern. Erfolg hatten 165 (201) Streiks und Ausperrungen, von den meist erfolgreichsten Lohnbewegungen, die sich nicht in Streiks äußerten, abgesehen.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist bedauerlicherweise um 1136 auf 16207 gesunken. Als Ursache dieser Steigerung darf neben der Vermehrung der Arbeiterzahl überhaupt vor allen Dingen wohl die fortgesetzte Steigerung der Arbeitsintensität angesehen werden. Unter allen Umständen bedeuten die hohen Unfallzahlen eine erste Warnung, noch mehr als bisher darauf bedacht zu sein, die Unfallgefahr in den Betrieben zu vermindern. Bemerkenswert ist, daß im Baugewerbe Bauaufseher aus dem Arbeiterstande beschäftigt sind, die eine segensreiche Tätigkeit entwickelt haben, so daß man ernstlich an die Vermehrung dieser Beamten denkt. Zur Nachahmung wird ferner das Vorgehen einer Berufsgenossenschaft empfohlen, welche mit ihren Maschinenlieferanten einen Vertrag abgeschlossen hat, daß keine Maschine ohne die entsprechenden Schutzvorrichtungen geliefert wird. Auch auf gesundheitslichem Gebiete ist mancher Fortschritt zu verzeichnen, doch sind immerhin noch 6542 Beanstandungen seitens der Beamten erhoben worden.

Hinsichtlich der Lage der Arbeiter heißt es treffend: „Nachdem die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie im allgemeinen gute waren, haben auch die Gewerkschaftsverhältnisse der Arbeiterschaft eine kleine Besserung erfahren, die nicht nur in vermehrter Arbeitsgelegenheit, sondern auch in teilweise nicht unwesentlichen Lohn-erhöhungen zum Ausdruck kam. Leider ist aber infolge der fortdauernden Preissteigerung fast aller Konsumartikel eine nennenswerte Besserung in der Lebenshaltung der Arbeiter nicht eingetreten.“

Auch auf dem Gebiete des Wohnungswezens liegt trotz mancher Verbesserungen noch vieles im argen. Der empfindliche Mangel an Kleinwohnungen und die hohen Mietpreise dafür sind noch lange nicht behoben.

Besondere Aufmerksamkeit ist im Jahre 1907 den Zuständen in den Sägewerken zugewandt worden, namentlich in den kleineren Betrieben, da vielfach Klage geführt wurde über zu lange Arbeitszeit und sonstige mißliche Zustände. Leider sind diese Klagen berechtigt, denn die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter schwankt zwischen 10 und 14 Stunden, doch kommen auch 16—18stündige Arbeitszeiten vor bei einem Wochenlohn von 12—20 Mk. Auch in hygienischer Beziehung lassen die Zustände hier viel zu wünschen übrig.

Aus dem Bericht der bayerischen Bergbehörden ist hervorzuheben, daß die Gesamtproduktion der Bergwerke und der unterirdischen Stinbrüche und Grubereien im Berichtsjahr 1907 2281 358 Tonnen (19 777 017) im Werte von rund 23 350 000 Mk. (19 620 000) betrug. Davon sind beteiligt: Steinkohlen mit 1 487 665 (1 381 176) Tonnen, Braunkohlen mit 207 743 (140 290) Tonnen aus 7 Gruben, Eisenerze mit 276 975 (202 541) Tonnen. Es wurden 574 (495) Wohnungen eingelegt, wovon 55 verlehrt wurden (63). Im Betrieb standen 55 Bergwerke mit 10 201 Personen, sowie 281 unterirdische Steinbrüche und Grubereien, im ganzen 336 (326) Werke mit 11 845 (11 216) Personen, davon 94 pCt. erwachsene Arbeiter, 3 pCt. erwachsene Arbeiterinnen und 3 pCt. Jugendliche. Es ereigneten sich in all diesen Betrieben 21 tödliche Unfälle = 0,177 pCt.

Zum Schluß noch einige Mitteilungen über die Kinderarbeit: In München ist dieselbe zwar erheblich zurückgegangen, ihre Kontrolle aber begegnet noch vielen Hindernissen. Aus der Oberpfalz wird berichtet, daß die Kinder durch die eigenen Eltern schon so abgerichtet sind, daß sie sofort die Arbeit niederlegen und sich verziehen, sobald die Kinder zur Kontrolle kommt. So werden die Kinder zwar im Zimmer angetroffen, aber die Eltern können keiner Gesellschaftsbewertung überführt werden. Namentlich in Bielefeld sind viele Verstoß gegen das Kinderzuschussgesetz und die Schutzgesetze für jugendliche Arbeiter zu verzeichnen. Leider sind die milden gerichtlichen Strafen nicht dazu angetan, hier Wandel zu schaffen, so bemerkt der Gewerbaufsichtsbearbeiter; die geringen Geldstrafen werden in vielen Fällen durch die Heranziehung der wesentlich hilfloseren jugendlichen Arbeitskraft schon in einem Tage eingebracht.

Trotz des im allgemeinen verhältnismäßig nicht unglücklichen Berichtes bleibt auch in Bayern noch viel zu wünschen übrig. Die Organisationen der Arbeiter haben noch ein meißes Feld der Tätigkeit zu bearbeiten. Mögen sie durch unermüdete und erfolgreiche Agitation ihrer Aufgabe gerecht zu werden suchen!

### Arbeiterfest in Frankreich.

Ein Entsetzen erregendes Bild von dem in unserem westlichen Nachbarstaate herrschenden Arbeiterelend entwirft ein kürzlich von den Brüdern Leon und Maurice Bonross veröffentlichtes Buch. Die „Frankf. Zig.“ hebt aus den sorgfältig zusammengestellten Angaben folgende besonders charakteristische Einzelheiten hervor:

Alle mit seiner Umgebung bietet ein besonders günstiges Gebiet für das Studium der Verherungen der Textilindustrie. Hier erstreckt die Tuberkulose, die durch Ueberarbeitung, ungenügende Ernährung und ungesunder Wohnraum herbeigeführt wird, ungeschwächt. Die Fälle, die eine Uebertragung der Beschäftigung von mehr als vier Tagen erforderten, betragen 14 506 im Jahre 1901 und in den folgenden 15 272, 14 618, 14 481, 16 587 und 20 419 im vorigen Jahre. Fast alle die in diesen Aufzügen aufgeführten Personen sind schwindsüchtig und einem frühen Tode gemeiht. Wer von Jugend an in einer Spinnerei arbeitet, ist sicher, vor dem 45. Lebensjahre zu sterben. Die Todesfälle durch Tuberkulose betragen ein Viertel der sämtlichen in Lille verzeichneten. 104 000 Kinder arbeiten in der Textilindustrie und aus dieser Ziffer kann man sich selbst ablesen, wie viele Menschenleben die durch diese Industrie herbeigeführte Tuberkulose kostet. Und die Lohnverhältnisse! Ein Arbeiter, der von fünf Uhr morgens bis sieben Uhr abends arbeiten muß, verdient 18 Francs (14,40 Mk.) wöchentlich, mit denen er Frau und fünf Kinder erhalten muß. Diese bedürfen natürlich trotz des offiziell obligatorischen Unterrichts in Frankreich keine Schule. Anderweitig müssen acht Personen von 2,50 Francs täglich unterhalten werden, wofür der Mann als Tagelöhner eine zehnstündige Arbeit zu liefern hat. Seine Frau erklärte, sich seit ihrer Heirat noch nie satt gegessen zu haben.

Die Glasbläser in Frankreich erreichen nur zu einem Drittel ein Alter von 50 Jahren, wie in dem Buche statistisch nachgewiesen wird. Unter den Eisenarbeitern nehmen die Unfälle von Jahr zu Jahr in erschreckendem Maße zu. Man zählte 88 705 im Jahre 1903, 63 154 im folgenden Jahre und 76 797 im Jahre 1905. 563 830 Arbeiter und Arbeiterinnen sind in der Metallurgie beschäftigt. 1906 wurden 277 auf der Stelle getötet, 4518 lebenslanglich verkrüppelt, während 90 000 andere mehr oder minder ernste Unfälle erlitten, die eine Arbeitsunterbrechung von mehr als vier Tagen erforderten. Bei den französischen Eisenarbeitern wird nachgewiesen, daß sie alle, wenn sie das 50. Jahr erreichen, Greise sind. Die Lage der Arbeiter der Stahlwerke ist kaum eine bessere. In den Stahlwerken von Longwy allein starben fünfzehn Arbeiter im Laufe von drei Monaten; in dem ganzen Becken hat man neben jedem Stahlwerke ein Hospital errichten müssen, wie die Ambulancen den Armen folgen. Was die Mühlstein-Schleifer betrifft, die hauptsächlich in La Ferté-Jouss-Source an der Marne ihr Gewerbe ausüben, so werden 80 Prozent von ihnen vor dem 30. Jahre schwindsüchtig. Man begräbt selten einen solchen Schleifer, der das 36. Jahr überschritten hat. Die Feilenhauer sterben meistens auch zwischen 30 und 40 Jahren an der Tuberkulose. Die Kanalarbeiter werden gleichfalls nicht alt, nur drei Prozent von ihnen können es bis zur Pensionsberechtigung nach zwanzigjährigen Diensten bringen.

Das sind geradezu fürchterliche Zustände, die der französischen Regierung eine Mahnung sein müssen, mehr als dies bisher geschieht, zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter Maßnahmen zu treffen. Auch bei uns in Deutschland sind die Arbeiter wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Sehr viel bleibt auch hier auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu wünschen übrig. So ernstlich aber ist das Land denn doch nicht mehr, wie es da in Frankreich geschildert wird. Bekanntlich ist daselbst woeben eine Altersversicherung für Arbeiter beschloffen worden, die vom 65. Jahre ab eine Rente vorsieht. Mit Recht stellen da die Verfasser des Buches die Frage: Wieviel Arbeiter werden in den verschiedenen aufgezählten Branchen und in anderen, über die keine so vollständigen Berichte vorliegen, die Frist für die Arbeiterpensionen erreichen? Muß es nicht geradezu als eine grausame Ironie erscheinen, Leute die Perspektive einer Alterspension zu eröffnen, die von vornherein sicher sind, längt vor der Zeit, da sie zu dieser berechtigt sein können, im Grabe zu liegen?

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 26. Mai 1908.

Die Erörterungen über die Reform der Arbeiterversicherung wollen nicht verflümmen. Das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe läßt sich durch die auch von uns wiedergegebene Auslassung der offiziellen „Berl. Vol. Nachr.“ nicht abspießen, sondern stellt diese Auslassung als „ein ziemliches Verlegenheitsprodukt“ hin. Das anscheinend sehr gut unterrichtete Zentralblatt berichtet vielmehr:

„Es ist im Reichsamte des Innern ein Gegenseitigkeitsentwurf fertiggestellt und nebst Veränderung der Bundesregierungen zur Begutachtung unterbreitet worden. Dieser Entwurf stellt demnach allerdings nicht eine einbüßliche Lösung vor, wohl aber legt er die Pläne der Bundesregierung klar. . . . Wenn die offizielle Notiz bezweckt, unser Material näher kennen zu lernen, so wird man jetzt unterrichtet sein, daß die Mitteilungen nicht auf „Kombination“, sondern auf tatsächlichen Unterlagen beruhen. . . . Die von uns veröffentlichten Mitteilungen charakterisieren, wir wiederholen es, authentisch die Pläne der Reichsregierung.“

Auch die „Neue Pol. Korresp.“ will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß das Reichsamte des Innern den Bundesregierungen bereits vor längerer Zeit verschiedene grundlegende Fragen mit der Bitte um Prüfung und Beantwortung vorgelegt hat. Die Auswertungen der Bundesregierungen werden voraussichtlich bis Ende Juni eingegangen sein. Aus Grund dieser Auswertungen soll dann an die Ausarbeitung eines Reformplanes herangetreten werden. Die beteiligten Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen außerdem zu einer am 11. Juni in Berlin stattfindenden Besprechung im Reichsamte des Innern herangezogen werden.

Angesichts dieser widersprechenden Nachrichten und der Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit wäre es doch wahrhaftig angebracht, daß seitens des Reichsamtes des Innern klipp und klar der Öffentlichkeit unterbreitet würde, wieweit die Reform der Arbeiterversicherung in Wirklichkeit geheißen ist und welches die Grundzüge der geplanten Reform sind, damit die Beteiligten rechtzeitig und gründlich Stellung dazu nehmen können.

Bei dieser Gelegenheit sei gleich noch eine andere hiermit im engsten Zusammenhang stehende Frage erwähnt. Mit der Reform der Arbeiterversicherung soll die Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter durchgeführt werden. Wie wir in verschiedenen größeren Tageszeitungen lesen, ist die Regelung der Frage so gedacht, daß durch ein Reichsgesetz zwar die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter zur Einführung gelangt, die Durchführung derselben aber den Bundesstaaten durch Landesgesetz überlassen wird.

Eine dreifache Herausforderung und Befridigung der ledigen Arbeiterinnen bedeutet ein Antrag, der in einer Sitzung der Vereinigung von Handelskammern des südbayerischen Industriebezirkes zur Gewerbeordnungsnovelle eingebracht und angenommen wurde. Zu dem Antrage heißt es:

„Wir beantragen, in den § 187 der Gewerbenovelle einzufügen: „Verheiratete Arbeiterinnen dürfen an Vorarbeiten der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.“

„Ebenfalls sind nur die verheirateten Arbeiterinnen im Haushalt notwendig, während die unverheirateten die ihnen aufgewonnene Zeit in unnützer Weise verbringen.“

Es gehört schon eine große Rücksichtnahme auf einen solchen Antrag einzubringen. Um das sozialpolitische Verständnis der in jener Vereinigung vertretenen Handelskammern muß es wirklich recht schlecht bestellt sein. Außerdem aber bedeutet die Begründung geradezu eine Befridigung der unverheirateten Arbeiterinnen, ganz abgesehen davon, daß die Handelskammer gar nichts angeht, wie die Arbeiterinnen ihre

freie Zeit ausnutzen. Es fragt ja auch niemand danach, was die Dichter der Arbeitgeber in ihrer freien Zeit tun. Jedenfalls ist die Annahme dieses Antrages eine Wahrung an die Arbeiterinnen, sich fest zusammenzuschließen und sich im Gewerksverein der Deutschen Frauen und Mädchen zu organisieren, damit sie eine starke Macht bilden und auf bezügliche Forderungen immer gleich eine gewichtige Antwort erteilen können.

**Auf die Gewissenhaftigkeit mancher Agrarier in Rheinland** wirkt folgende Bekanntmachung des Vorstandes des Kreises Fischhausen in Nr. 29 des „Fischhausener Kreisblattes“ ein eigenmächtiges Licht:

„Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen hat bei dem Herrn Regierungspräsidenten zur Sprache gebracht, daß eine Anzahl . . . der mit dem Austausch und der Erneuerung von Düngungsarten be-  
trüglichen Amts- und Gutsvorsteher in ihren Be-  
ziehungen sich erhebliche Unregelmäßig-  
keiten hat zu schulden kommen lassen. So ist  
eine große Anzahl von Düngungsarten, welche nach Aus-  
weis der Aufrechnungsbescheinigungen bei den genannten  
Stellen zum Austausch abgesetzt sein mußten, erwiesener-  
maßen bei der Versicherungsanstalt bisher nicht ein-  
gegangen. In allen Fällen handelte es sich um  
Düngungsarten der eigenen Leute der  
betreffenden Guts- und Amtsvorsteher, so  
daß die Vermutung nahe lag, es sei die Verwen-  
dung der fälligen Beitragsmarken für die  
fraglichen Personen überhaupt unter-  
blieben und lediglich die Ausfertigung der  
Aufrechnungsbescheinigungen erfolgt, um  
sowohl der Versicherungsanstalt, wie auch den Versicherten  
gegenüber den Nachweis über Entrichtung der Beitrags-  
marken führen zu können. Durch ein solches Vorgehen  
gäbe der Landesversicherungsanstalt zahlreiche Beiträge verloren,  
außerdem läge aber, wenn diese Handlungen in rechts-  
wärtiger Absicht begangen werden, unzweifelhaft  
Urkundenfälschung und Betrug im Sinne des  
Strafgesetzes vor. Dieser Tragweite einer solchen Hand-  
lungsweise sind sich die Inhaber von Aufrechnungsstellen  
jedenfalls nicht genügend bewußt.“

Das Zeugnis, das den betreffenden „Amts- und Gutsvorsteher“ hier unbestellt wird, ist nicht gerade schmeichelhaft. Immerhin ist es sei die Glück für sie, daß ihre Nachlässigkeit auf das Konto ihrer Dummheit und nicht ihrer Bewissenlosigkeit geht wird. Sonst würde sie der Staatsanwalt beim Krugern kriegen. Jedenfalls braucht man sich unter diesen Umständen nicht darüber zu wundern, daß die Versicherungsanstalten in Gegenden mit starker landwirtschaftlicher Bevölkerung so schlecht arbeiten, daß bei der letzten Reform der Invalidenversicherung die Schaffung einer Gemeinlast, zu der alle Anstalten beitragen müssen, beschlossen werden mußte.

**Die Notiz „Gewerkschaftlicher Zahlen Schwund“** in unserer letzten Nummer hat die Bezirksleitung des 7. Bezirks des deutschen Metallarbeiterverbandes veranlaßt, uns eine Zuschrift zu senden des Inhalts, daß die von uns veröffentlichten Zahlen „mit der Wahrheit nicht übereinstimmen“. Aus der beigefügten Abrechnung der Verwaltungstelle Krefeld geht in der Tat hervor, daß ihre durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1907 412 betragen hat. Bemerkenswert dabei allerdings, daß nicht 52 Wochen, sondern nicht ganz 50 Wochen in Anrechnung gebracht sind. Im Interesse der Wahrheit teilen wir dies mit, betonen aber ausdrücklich, daß die übrigen von uns gemachten Mitteilungen und Bemerkungen den Tatsachen durchaus entsprechen, davon also nichts zurückgenommen zu werden braucht.

**Arbeiterbewegung.** In der Fabrik für elektrische Maschinen von Brown, Boverie & Co. in Mannheim sind Differenzen ausgebrochen, die dazu führten, daß in einigen Abteilungen die Arbeiter die Kündigung einreichten. Daraufhin hatte die Firma auch den übrigen Arbeitern gekündigt. Insgesamt sind 1400 Mann jetzt beteiligt. — Die Differenzen im Maurergewerbe zu Wolfenbüttel sind durch beiderseitiges Entgegenkommen beigelegt und die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden. — Auch der Streik in der Spinnerei und Weberei von Spohn in Neckarhulm ist beendet, da beide Parteien sich dem Schiedsspruch des Gewerbegerichts unterworfen haben. — Nach 5wöchiger Dauer ist der Kampf der Posener Löhner mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden, da die Meister den von den Gehilfen aufgestellten Tarif anerkannt haben. — In Wolgast i. P. streiten auf der Klementfabrik seit längerer Zeit die Arbeiter. Durch die Anwerbung von Arbeitswilligen sind die Beteiligten in derartige Aufregung versetzt worden, daß es zu heftigen Zusammenstößen gekommen ist und zwei Kompagnien Soldaten von Greifswald nach Wolgast kommandiert wurden. Die Bemühungen, eine Einigung herbeizuführen, haben bisher noch keinen Erfolg gehabt. — Die Bemühungen, in dem Konflikt der Lederarbeiter in Offenbach a. M. eine Einigung vor der Schlichtungskommission herbeizuführen, sind vergeblich gewesen. Die weiteren

Verhandlungen sollen vor dem Einigungsamt stattfinden.

In ganz Nordschweden stehen die Hafenarbeiter im Streik, der in den letzten Tagen eine immer größere Ausdehnung angenommen hat. — In Winterberg (Mähren) streiken in der Glasfabrik von R. H. wegen Ablehnung einer Lohnforderung die Glaskleber. — Die Fleischergesellen in Budapest sind in den Ausidner getreten, in dem es leider zu schweren Ausschreitungen gekommen ist.

**Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April** hat sich nach dem Reichsarbeitsblatt wenig einheitlich gestaltet. Einmal ist in gewissen Umfang eine Besserung eingetreten, die normalerweise in jedem Frühjahr eintritt und in erster Linie mit der vollen Wiederaufnahme der Bauarbeiten zusammenhängt, außerdem hat sich im Kohlenbergbau, mit Ausnahme von Schlesien, bereits wieder eine gewisse Erholung vollzogen, und auch die elektrische Industrie ist bisher nur wenig von der Verschlechterung berührt. Dagegen zeigt sich eine unangünstigere Gestaltung der Lage in Teilen der Textilindustrie, im Buchdruckgewerbe und in der Papierindustrie. In der Industrie der Bekleidung und Reinigung (Konfektion) und in den Nahrungsmittelgewerken hat sich zum Teil im Zusammenhang mit Saisonverhältnissen eine erhebliche Verschlechterung im Arbeitsmarkt für die weiblichen Arbeitkräfte vollzogen. Auch in der chemischen Industrie macht sich ein gewisses Nachlassen bemerkbar. In der Metallindustrie liegen die Verhältnisse günstiger in Süddeutschland als in Norddeutschland. In der Maschinenindustrie macht sich ein gewisser Rückgang auch bemerkbar. Alles zusammengekommen hat sich zwar in gewissen Teilen des Arbeitsmarktes im April eine normale Besserung vollzogen, zumal in Süddeutschland, andererseits ist für eine Reihe obengenannter Gewerbe eine gewisse Verschlechterung eingetreten. Das Gesamtniveau liegt nicht unerheblich tiefer als in dem sehr günstigen Vorjahr.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt gerichteten Krankheitslisten zeigte sich im April 1908 eine Zunahme der Beschäftigungslosiger um 91 112 Personen gegenüber einer Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres um 148 806 Personen.

Die Berichte der Arbeitsnachweise, ebenso die zahlenmäßigen Ergebnisse dieser Stellen zeigen mehrfach eine Verschlechterung, zum Teil erheblicher Natur; am günstigsten lauten die Berichte aus Bayern.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren im April um 3 427 728 Mk. niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres; es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 98 Mk. oder 3,77 pCt. auf 1 km.

Diese recht unangünstige Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes erhält eine Bestätigung durch verschiedene uns zugegangene Mitteilungen. In den Brennabor- und Erxleber-Fahrradwerken in Brandenburg a. S. müssen die Arbeiter wegen Mangels an Arbeit öfter auslegen. In der dortigen Zuteilspinnerei wird aus demselben Grunde schon seit mehreren Wochen am Sonnabend nicht mehr gearbeitet. Eine große Arbeitsnot scheint auch in Rostock zu herrschen, da die städtischen Behörden sich genötigt gesehen haben, für Notstandsarbeiten eine größere Summe zu bewilligen. Unter den Webern in Kattowice und Umgebung in O. Schl. ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls sehr groß. An 2000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung, die von den Behörden Hilfe fordern. Infolgedessen hat der Landrat in Reobichlitz im dortigen Magistratsbüreau ein Arbeitsnachweissbureau eingerichtet, dessen Benutzung namentlich den Landwirten und Unternehmern von Hoch- und Tiefbauten empfohlen wird. Jedenfalls beweisen alle diese Erscheinungen, daß die wirtschaftliche Depression noch lange nicht überwunden ist, wie gewisse Unternehmerblätter die Welt gern glauben machen möchten.

**Gegen das Vereinsgesetz** werden von einigen Blättern gewisse Vorgänge ausgepielt, die sich vergangene Woche in Oberschlesien abgespielt haben sollen. Dasselbst sollen Polizeibehörden das Reden in polnischer Sprache in Vereinen etc. für allemal verboten haben. Ob diese Mitteilungen zutreffend sind, vermögen wir im Augenblick nicht nachzuprüfen. Sie erscheinen uns aber im höchsten Grade unwahrscheinlich. Wenn wirklich irgendwo ein Polizeiorgan ein solches Verbot erlassen hätte, so würde es damit gegen den Wortlaut des Gesetzes verstoßen haben. Denn nicht in den Vereinen, sondern nur in öffentlichen Versammlungen ist die deutsche Sprache vorgeschrieben. Gegen das Gesetz selbst also würde ein derartiges Vorkommnis gar nicht ausgepielt werden können, sondern es handelt sich hier nur um einen Verstoß der Polizei. Verstöße gegen bestehende Gesetze werden auch von den Behörden bisweilen begangen, namentlich, wenn die Gesetze erst

kurze Zeit in Kraft sind. Jedenfalls wird auch in den hier in Betracht kommenden Fällen dafür gesorgt werden, daß die Polizei ihre Befugnisse nicht überschreitet. Einstweilen aber gestatten wir uns überhaupt die geringen Vorkommnisse zu beweisen, denn der „Vorwärts“, der die Quelle dieser Nachrichten ist, läßt namentlich zu Zeiten der Wahlen gern einmal eine Ente ausflattern, wenn sie seinen politischen Zwecken dient.

Mit den **Massenklagen**, die der Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen zahlreiche Redakteure angestrengt hat, hat er bisher wenig Glück gehabt. Auch der Herausgeber der „Deutschen Industrie-Zeitung“, des Organs des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, war mit einer Anklage bedacht worden. Das Amtsgericht Charlottenburg hatte indessen beschloffen, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen und die Klage auf Kosten der Kläger zurückzunehmen. Bei diesem Beschluß hatten sich die Kläger nicht beruhigt. Der Fall kam deshalb vor dem Schöffengericht in Charlottenburg zur Verhandlung und führte ebenfalls zur Freisprechung des Angeklagten. Jetzt ging man in die zweite Instanz. Aber auch hier lächelte das Glück dem Vorstände des Metallarbeiterverbandes nicht, denn die 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin III hat ebenfalls ein freisprechendes Urteil gefällt.

Die Klage gegen unsern Redakteur, die auf derselben Grundlage beruht, ist einstweilen vertagt, jedenfalls bis die Berufung gegen das bekannte Urteil in Solingen erledigt ist.

**Wie die „freien“ Gewerkschaften Mitglieder werden.** Unter dieser Schirmherrschaft brachten wir in unserer Nr. 38 eine Notiz, an deren Schluß wir um Antwort baten, was der sozialdemokratische Schneiderverband — um den es sich in diesem Falle handelte — wohl machen würde, wenn der von uns geschickte erste Versuch, einen Schneider zum Uebertritt zu bewegen, mißglückte. Heute haben wir die Antwort darauf erhalten, aber nicht vom Schneiderverband, sondern von einem unserer Kollegen aus Potsdam. Da der genannte Schneider K. Roth (dies ist sein richtiger Name) die Schneiderverbandsversammlung in Rowames nicht besuchte, wurde er am folgenden Tage von seinen Arbeitsbrüdern in der Werkstatt nur noch mehr drangaliert. Es wurde ihm unter Häufteauschlag droht, daß die ganze Bude, wenn er nicht in 14 Tagen dem „freien“ Verbande angehört, zum Unternehmer hinuntergehen und eventuell die Arbeit niederlegen würde. Gleichzeitig kam auch noch ein bei einer anderen Firma beschäftigter Verbändler zu dem viel unworbenen Gefellen und suchte ihn für den Verband zu gewinnen. Als K. erklärte, daß er aus Ueberzeugung dem Verbands nicht beitreten könne und auch deshalb nicht, weil er einem Militärverein angehört, da wurde ihm erwidert, das sei kein Hinderungsgrund für den Beitritt. Wenn er trotzdem nicht in den Verband ginge, dann solle er sich auch von seinem Militärverein Arbeit geben lassen.

Alle diese Vorgänge veranlassen uns, dem Chef die Angelegenheit vorzutragen und schließlich um seine Entlassung zu bitten. Leider ließ sich der Unternehmer ohne weiteres darauf ein, weil, wie er sagte, er sehr viel zu tun hatte. Wir wissen wohl, daß derartige Fälle sich oft ereignen. Trotzdem glauben wir die Gelegenheit etwas ausführlicher behandeln zu sollen, da sie so recht deutlich zeigt, wie für die „freien“ Organisationen agitiert wird. Dieser Fall ist umso drastischer, als das Opfer ein Mann in den fünfziger Jahren ist. Weitere Zusätze wollen wir uns ersparen. Jedenfalls ist das Verhalten dieser zielbewußten Kämpfer, die den alten Arbeiter wegen seiner Gesinnung brotlos machen, viel verurteilenswerter, als wenn irgend ein Unternehmer jemanden wegen der Zugehörigkeit zur Organisation oder aus ähnlichem Grunde auf das Pflaster wirft.

**Ein trauriges Bild aus der Arbeiterbewegung** liefert die Schilderung einer Versammlung im christlich-sozialen „Reich“. Es handelte sich um eine Mitgliederversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes, in welcher der Reichstagsabgeordnete Behrens über seine Stellungnahme zum Vereinsgesetz sprechen sollte. Wir haben für Herrn Behrens gewiß keine Sympathie, und seine Haltung zum Vereinsgesetz hat uns mehrfach Veranlassung zu scharfer Kritik gegeben. Die Art aber, wie die „Genossen“ in dieser Versammlung sich betragen haben, fordert denn doch zur allerhöchsten Verurteilung heraus. Doch lassen wir den Bericht selbst sprechen:

Die Genossen begaben sich bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung in das Lokal und warteten geduldig. Die Langeweile vertrieb man sich mit dem Heruntergehen möglichst großer Quantitäten Alkohol, der zugleich als „Mutmacher“ für die kommenden „Raten“ diente. Endlich waren Seiler und Rehner der Versammlung erschienen — der Tanz konnte beginnen. Als Bezirksleiter Walter kurz nach 4 Uhr die Versammlung eröffnete,

### Gewerkevereins-Teil.

verlangte sofort Herr Böffler, Bezirksleiter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, das Wort zur Geschäftsordnung. Natürlich wurde ihm das verweigert, weil es sich um eine Mitgliederversammlung des Gewerkevereins handelte und die roten Verhandler weder rechtlich ein gedrungen waren. Herr Walter forderte dementsprechend den Genossen Böffler auf, das Wort zu verlassen, da er nicht eingeladen sei. In dem Moment gab Böffler das Zeichen zum Angriff. Unter Aufsichtung ihrer ganzen Lungenkraft stimmten die roten Freiheitskämpfer ein wahres ohrenzerringendes Indiantengeheul an. Zur Verwundung ihrer Indiantenereignisse eröffneten sie gleichzeitig ein regelrechtes Bombardement mit Bier- und Schnapsgläsern auf die Köpfe des Abg. Behrens und des Bezirksleiters Walter. Glücklicherweise ist dabei niemand verletzt worden. Nur mit vieler Mühe gelang es, die Genossen aus dem Saale herauszubringen. Daß es dabei nicht zu heftigeren Szenen oder gar Blutvergießen kam, ist dem besonnenen, ruhigen Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer zu danken, welche mit köstlichem Humor die gefährliche Situation überwandten.

Wer in dieser Weise den wirtschaftlichen Gegner bekämpft, muß eine traurige Sache verfechten. Zur Hebung des Ansehens der Arbeiterkraft tragen derartige Vorfälle sicherlich nicht bei. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden dadurch in eine eigentümliche Beleuchtung gerückt. Wir stimmen dem Reich in seiner Beurteilung des Vorfalles also in jeder Beziehung bei, können es aber uns nicht verkneifen, auf die bekannte Gewerkevereinsversammlung in Köln hinzuweisen, in der die Christlichen sich gegenüber unseren Kollegen nicht viel besser gezeigt haben. Auch dort suchte man den „geistigen“ Kampf mit Bierseiden und ähnlichen Waffen auszuschleichen. Im Interesse der Arbeiterkraft liegt es, wenn überall die Erkenntnis sich durchringt, daß derartige Vorkommnisse trotz aller Gegensätze unter allen Umständen vermieden werden müßten.

Die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit bildet schon seit einiger Zeit auch in Oesterreich Gegenstand von Erhebungen und Vorbereitungen. Das Arbeitsstatistische Amt wurde zunächst mit der Aufgabe betraut, über die Heranziehung der schulpflichtigen Kinder zu Arbeiten irgend welcher Art eine Umfrage zu veranstalten. Ein späterer Erlaß vom Anfang dieses Jahres ordnet noch einige wichtige Ergänzungen an in dem Sinne, daß möglichst der Einfluß registriert werden soll, welchen die Erwerbsarbeit auf die Entwicklung und die Gesundheit der Kinder äußert. Es sollen daher in einigen besonders geeigneten Landesstellen in die bereits vorliegenden Erhebungsbogen Fragen hygienischer Art aufgenommen werden. Den politischen Landesstellen wird in dem Erlaß empfohlen, sich mit den Schulärzten und Gemeindevätern sowie mit Privatärzten, die durch Kasernenpraxis in der gedachten Richtung Material sammeln, in Verbindung zu setzen. Um das Zusammenwirken der Ärzte und Lehrer bei dieser Erhebung zu erleichtern, sollen diejenigen Ärzte, welche sich an den Erhebungen beteiligen, den betreffenden Schulleitungen namhaft gemacht werden.

§ Dresden. Am 12. Mai hielt der hiesige Ortsverband eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Verbandskassierer, Kollege Klein-Berlin, einen Vortrag hielt über „Die sozialen Aufgaben der Gegenwart und die Arbeiterbewegung“. Redner gab einen anschaulichen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und begründete dann im einzelnen die Forderungen, die die Arbeiter durchsetzen müssen und die festgelegt sind in dem Programm der Deutschen Gewerkevereine. Im Hand der aufgestellten Forderung erläuterte er die einzelnen Forderungen und führte seine Ausführungen dann dahin zusammen, daß die Deutschen Gewerkevereine grundsätzlich den Frieden wünschen, aber schlagfertig den Kampf führen, wo er unabwendbar ist. Die Deutschen Gewerkevereine haben die Ueberzeugung, daß ihre Forderungen auf dem Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung durchgeführt werden können und müssen, und sie werden zu jeder Zeit mit aller Energie an ihrer Verwirklichung arbeiten. Dazu aber bedarf es strenger Organisation, einer festen Disziplin und tätiger Mitarbeit jedes einzelnen. Mehr als bisher müssen sich die Mitglieder ihrer Verpflichtungen bewußt sein, die sie mit der Zugehörigkeit zu einer geeigneten Organisation auf sich genommen haben. Der Vortrag wurde allseitig mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es folgte eine ausgiebige Diskussion, in der sich die Redner sämtlich im Sinne des Referenten ausdrückten.

### Verbands-Teil.

#### Versammlungen.

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstr. 221/228. Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr. Vortrag d. Kollege Lewin über: „Das neue Vereinsrecht“. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins-Liedertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 - 11 Uhr, Liederkunde im Verbandsraum der Deutschen Gewerkevereine (Grün- u. Sach). Gäste herzlich willkommen. — **Mittwoch, 27. Mai, Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 Uhr, bei Junke, Zeilstraße 41, Versammlung. — **Sonnabend, den 30. Mai, Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr bei Melcher, Bergstr. 69. Das neue Statut der Begräbnis- und Krankenpflege. Referent Kollege Mühlstein. Vespredung über Ansätze beim Verbandsbureau. — **Am Himmelfahrtstag Herrenpartie.** Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr, Ziegel, Endstation der Straßenbahn. (Siehe Regulator Nr. 21.) **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr, Frühstr. 36 a. 1. Vespredung des neuen Krankenversicherungsgesetzes. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Grünprach: „Der deutsche Strafrechtsprozeß“. 4. Verschiedenes und Fragekasten. — **Am 28. Mai Herrenpartie.** Abfahrt 6,57 vom Schles. Bahnhof. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Kadou, Walstr. 53. Vortrag des Herrn E. Schmidt über: „Baugenossenschaften“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Kottbuserstr. 6. E.-D.: Vortrag des Gewerkevereinsreferendars Herrn Barten über: „Grundbegriffe der Elektrizität“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter X. ?** Uhr Orts-

vereinsversammlung, Muskauserstr. 55. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX u. XII.** Der heutige Vortragsabend fällt aus. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 - 10 Uhr, Zablabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119. Kohlenbestellungen. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Trantow, Schönhauser Allee 65. **Friedrichsherg. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonnabend, 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5, Versammlung. E.-D.: Geschäftliches und Verschiedenes.

#### Orts- und Regionalverbände.

**Gerne (Ortsverband).** Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4 - 5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Witz, Schulte-Mattler, Distriktsklub. — **Hachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leichter, Ede Gartenamplatz u. Züllicherstraße. (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, morg. 11 Uhr, Vertreteritzig in Hachen, Züllicherstraße 72, Ref. „Zur Post“. — **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Wollstraße Distriktsklub. — **Spandau (Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palmte, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Sesentendern (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Uerich), Schaller- und Florstraßen-Ede. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Webergasse 26, statt. Gäste willkommen. — **Braunsberg a. S. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Gagen u. Umg. (Distriktsklub).** Jede jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ede. — **Hachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreteritzig in Hachen, Refektorium „Zur Post“, Züllicherstraße 72. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Elstergasse. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Hofentamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. **Trimmitschau. ?** Am 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Kaffiermahl. Halle (Ortsverband). — **Sonnabend, 30. Mai, abends 8 Uhr, Ortsvereinsversammlung bei Fritz Tisch, Ref. Passage. Vortrag über „Landtagsarbeiten“. Am 3. Pfingstfesttag Besichtigung der Grube Alwine. Treffpunkt vorm. 9 Uhr an der Ede Werseburger- und Königstraße. — **Odenburg (Ortsverband).** Ortsvereinsversammlung am Sonntag, 31. Mai, nachmittags 4 Uhr bei Herrn A. Riet, Markt. E.-D.: 1. Abschluß pro 1. Quartal. 2. Vortrag: Gewerkegericht und Verfallniswahl. 3. Vespredung über das Verbandsst. 4. Verschiedenes. — **Hannover, Linden und Umgegend (Ortsverband).** Montag, 8. Juni, (2. Pfingstfesttag), gemeinschaftliche Frühstour durch die Glenteide. Treffpunkt 6 1/2 Uhr früh am Krügerentmal beim Neuen Hause. Abmarsch spätestens 7 1/2 Uhr morgens. — **Hachen (Ortsverband).** Sonntag, 31. Mai, morgens 11 Uhr, Verbandsversammlung in Hachen, Ref. „Zur Post“, Züllicherstr. 72. Am 12. Juli Ortsvereinsfest in Hachen, Groß-Livoli, Krefelderstraße.**

### Anzeigen-Teil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.**

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

**Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft** v. Dr. jur. R. F. r e u n d. Preis 40 Pfg.

**Wolfs-Wirtschaftslehre** von Dr. C. J. F u c h s. Preis 80 Pfg.

**Wörter zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung** (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.

**Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen?** Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.

**Die rechtsgeschichtliche Arbeiterversicherung** (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.

**Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.** Preis gebunden 80 Pfg.

**Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz.** Preis gebunden 80 Pfg.

**Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906.** Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

**Das Bureau des Zentralrats.** Rudolf Klein.

**Reusatz (Ortsverb.).** Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer & Co., Friedrichstraße 86.

**Jauer (Ortsverband).** Durchreisende erhalten Unterstützung beim Kollegen P. Kobelt, Hospitalplatz 6.

**Wosen (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. 75 Pfg. Ortsverbandsunterstützung b. ihrem Ortsvereinskassierer. In kein Ortsverein des betreffenden Berufes vorhanden, zahlt der Ortsverbandskassierer Otto Hertwig, Friedrichstraße 10.

**Hachen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung im Arbeitssekretariat Hachen, Raalbersteinweg 71. Ebenfalls selbst Arbeitsnachweis.

**Cöln und Wülheim a. Rh. (Ortsverb.).** Durchreisende erhalten Vespredungsarten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 118 I.

**Friedrichsherg (Ortsverband im Riesengebirge).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Unterstützungsmarken b. Herrn H. Klein, Markt 3, die Unterstützung selbst (50 Pfg.) bei Herrn A. Hartig, Alte Herrenstraße.

**Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!**

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbniskasse** des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. — Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

**Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.**

Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

**Bremen und Umgegend (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Ortsvereinskassierer Joh. Bedermann, Bremen, Erwinstr. 53.

**Stralsund (Ortsverb.).** Herb. zur Heimat, Bleistraße. Karten bei E. Surowski, Badenstr. 20.

**Warth (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei W. Fraym, Baustr. 85/87. Arbeitsnachweis dafelbst.

**Magdeburg.** Bauhandwerker 75 Pfg. bei E. Schröder, Sulzstr. 14.